

Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Antrag:

Der Rat der Stadt Emden nimmt mit großer Sorge das 2011 in der Oblast Archangelsk in Kraft getretene sowie die derzeitigen Vorbereitungen der russischen Duma für ein Gesetz gegen die „Propagierung“ von Homosexualität zur Kenntnis. Der Rat der Stadt Emden erklärt sich solidarisch mit den lesbisch, schwul, bisexuell und transgender lebenden Bürgerinnen und Bürgern ihrer Partnerstadt Archangelsk, denen mit dieser Gesetzgebung wesentliche Bürgerrechte entzogen werden. Das bestehende Gesetz in Archangelsk wie das geplante Gesetz für ganz Russland ist eine massive Verletzung von Meinungs-, Presse-, Kunst- und Versammlungsfreiheit für **alle** Menschen in Russland. Ein solches Gesetz verstößt gegen die Menschenrechte.

Begründung:

Im Oblast Archangelsk ist bereits seit Ende 2011 ein Verbot "homosexueller Propaganda" unter dem Vorwand des Jugendschutzes in Kraft. Im russischen Parlament (der Duma) wird derzeit ein Gesetz vorbereitet, das die „Propagierung“ von Homosexualität in der Öffentlichkeit verbieten soll. Jedes Reden über Homosexualität in der Öffentlichkeit ist damit verboten. Durch das Gesetz werden Küsse gleichgeschlechtlich liebender Menschen in der Öffentlichkeit unter Strafe gestellt, das Zeigen der Regenbogenfahne – das Symbol der Lesben- und Schwulenbewegung – sowie Demonstrationen für die Rechte von Homosexuellen werde mit hohen Geldstrafen geahndet. Ferner ist zu befürchten, dass angesichts dieses Verbotes auch die Aufklärung über HIV und Aids eingeschränkt werden könnte. Diese Gesetzgebung ist eine massive Verletzung von Meinungs-, Presse-, Kunst- und Versammlungsfreiheit für alle Menschen in Archangelsk und ganz Russland. Es würde die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen, die sich für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender einsetzen, erheblich erschweren.

Betroffen von dem Gesetz in der Region Archangelsk sind die lesbisch, schwul, bisexuell und transgender lebenden, aber auch alle 350.000 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Archangelsk. Die Stadt Emden unterhält seit 1989 eine Städtepartnerschaft mit Archangelsk. Es gibt einen regen Austausch mit den offiziellen Vertreterinnen und Vertretern der Stadt, aber auch mit der Bürgerschaft. Die Einschränkung der Bürgerrechte trifft auch die Menschen in unserer Partnerstadt. Deshalb sollte der Rat der Stadt Emden dieser bürgerrechtsverletzenden Gesetzgebung nicht tatenlos zusehen.

gez. Hans-Dieter Haase

gez. Bernd Renken

gez. Helmut Bongartz

gez. Erich Bolinius